

# **Schluss mit den politischen Prozessen!**

## **Antifaschismus ist nicht kriminell, sondern notwendig!**

Am 21. Juli kommt es erneut zu einem Prozess gegen eine Antifaschistin aus Fürth. Angeklagt ist diesmal die Anmelderin der Demonstration gegen Repression im vergangenen Herbst. Damals protestierten rund 500 Menschen gegen die Verurteilung von vier antifaschistischen Jugendlichen aus Fürth, wegen mit Kreide geschriebener Parolen. Unter anderem konnte durch die Aktionen öffentlicher Druck aufgebaut werden, der mit dazu beitrug, dass die vier in zweiter Instanz freigesprochen wurden, da ihnen die „Tat“ nicht nachgewiesen werden konnte.

Insbesondere kam es zu massiver Kritik an der Fürther Polizei und Staatsanwaltschaft, deren Motivation zur Verfolgung der angeblichen Sachbeschädigung wohl rein politisch war. Denn die antifaschistischen Strukturen erstarkten in den letzten Jahren in Fürth. Proteste gegen die NPD sowie gegen Stammtische von Nazis, führten letztendlich zum Nichtantritt der NPD bei den Kommunalwahlen und der Schließung von Nazikneipen. Bei den Aktionen wurde immer wieder auch Kritik an der Stadt geübt, die neonazistischen Bestrebungen nichts entgegensetzen und dem politischen System in dem beispielsweise mit ausländerfeindlichen Wahlparolen die Rhetorik der Nazis öffentlichkeitsfähig gemacht wird.

Dass jetzt ausgerechnet eine der AnmelderInnen der Antirepressionsdemo vor Gericht steht, scheint die späte Rache der Fürther Polizei und Justiz für die erfolgreiche Kampagne des letzten Herbst zu sein. Außerdem lies sich in den letzten Jahren vermehrt feststellen, dass AnmelderInnen antifaschistischer und antikapitalistischer Aktionen angeklagt werden, um so die Bewegung einzuschüchtern und die politische Arbeit dieser zu erschweren.

Angeklagt ist die Antifaschistin wegen dem Verstoß gegen die Auflage der Stadt Fürth, die Abschlusskundgebung nicht direkt vor der Polizeiwache abhalten zu dürfen.

Hinzu kommt eine Anklage wegen angeblichen Landfriedensbruch und Widerstand gegen PolizeibeamtInnen beim neonazistischen „Fest der Völker“ in Altenburg bei Jena. Wegen des Vorfalls im Umfeld einer Gegenveranstaltung im September 2008 ermittelten die Behörden gegen über 20 Personen. Zu einer Verhandlung kam es allerdings nur bei der jetzt angeklagten Fürtherin.

Erneut gibt es also einen Prozess, bei dem die Beweislage mehr als dürftig und die Motivation der Justiz eine politische ist. Denn wieder steht eine Antifaschistin vor Gericht, während Nazis in den letzten eineinhalb Jahren mehrere tausend Euro Sachschaden verursachten ohne, das Polizei oder Justiz diese belangten.

Antifaschismus war noch nie eine Sache des Staates und wir werden ihn auch weiterhin nicht delegieren, sondern selbst aktiv werden.

**Kommt zum Prozess: Dienstag, 21. Juli 2009**  
**8:30 Uhr, Kundgebung**  
**9:00 Uhr, Saal 104**  
**Amtsgericht Fürth**